



HESSISCHER LANDTAG

22. 03. 2022

Plenum

Antrag

Fraktion der SPD

Hohe Spritpreise durch Ticketstabilität im ÖPNV ausgleichen – Land muss seiner Verantwortung bei der Finanzierung des ÖPNV endlich gerecht werden

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Preise für Diesel und Benzin seit dem Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine enorm gestiegen sind und die Verbraucherinnen und Verbraucher belasten. Für viele Menschen ist die Nutzung des ÖPNV eine Alternative zum Pkw im Rahmen der Daseinsvorsorge. Damit der ÖPNV nicht teurer wird, dürfen die Ticketpreise für den ÖPNV nicht weiter steigen und bereits vorgenommene Preissteigerungen müssen im Kontext der gegenwärtigen Rahmenbedingungen des Mobilitätssektors zurückgenommen werden. Eine Preissenkung hätte genauso wie der Verzicht auf eine vorgeschlagene Fahrpreiserhöhung auch zur Folge, dass die Fahrgäste, die gerade während der Corona-Pandemie den ÖPNV nicht genutzt haben, zurückgewonnen werden könnten. Aufgrund des gegenwärtigen Kostendrucks, auch im Bereich des Individualverkehrs, muss auch eine alternative Mobilitätsform für die Bürgerinnen und Bürger angeboten werden. Ebenso ist der Umstieg auf den ÖPNV ein individueller Beitrag, den Verbrauch fossiler Energien zu verringern.
2. Da durch die Rücknahme sowie den Verzicht der Preissteigerungen den Verbünden Einnahmen fehlen bzw. fehlen würden, fordert der Landtag die Hessische Landesregierung auf, die ursprünglich erwarteten Einnahmen über originäre Landesmittel zu kompensieren. Der Landtag kritisiert weiterhin, dass das Land für die Jahre 2017 bis 2021 nur geringe drei Prozent an Landesmitteln für die Verbünde aufbringt und seiner Verantwortung für den Mobilitätssektor damit nicht gerecht wird. Drei Prozent originäre Landesmittel reichen nicht aus, um die mit Blick auf die Erreichung der Klimaschutzziele notwendige Verkehrswende und den damit verbundenen Angebotsausbau nachhaltig zu finanzieren. Die bereitgestellten Leistungen des ÖPNV haben sich für die regionalen und die lokalen Aufgabenträger in Hessen so deutlich verändert, dass das Land Hessen zukünftig unter Berücksichtigung der eigenen politischen Zielsetzungen deutlicher in die Finanzierung mit eigenen Mitteln einsteigen müsste.
3. Der Landtag stellt fest, dass es eine neue Säule der Finanzierung neben der Finanzierung aus allgemeinen Steuermitteln und Fahrgastbeiträgen geben muss, wenn die Ziele für den Mobilitätssektor erreicht werden sollen, was grundsätzlich nur mit mehr Mitteln realisierbar ist.
4. Der Landtag stellt außerdem fest, dass nicht in allen Teilen Hessens die Nutzung des ÖPNV für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv ist und ein Umstieg vom Pkw auf den ÖPNV sinnvoll ist, deshalb ist die Landesregierung erneut aufgefordert, endlich ihren ehrlichen Beitrag dazu zu leisten, den ÖPNV auch im ländlichen Raum auszubauen und kluge und innovative Modelle der Mobilität anzubieten. Nur wenn sich das Land Hessen an den finanziellen Herausforderungen beteiligt, kann Hessen die klimapolitischen Herausforderungen im Mobilitätssektor bewältigen und Wege aus dem Verkehrskollaps beschreiten. Solange das Land hier nicht seiner Verantwortung gerecht wird, behindert das Land Hessen weiterhin die notwendige Mobilitätswende.
5. Der Landtag begrüßt mit Hinblick auf die gestiegenen Energiekosten den Vorschlag auf Bundesebene nach einem nach dem Einkommen gestaffelten Energiegeld - unabhängig von den individuell genutzten Verkehrsträgern. Hierbei werden zielgenau und sozial ausgewogen bei den gestiegenen Mobilitätskosten Bürgerinnen und Bürger entlastet ohne einen einzelnen Verkehrsträger separat herauszugreifen.

Wiesbaden, 22. März 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph